



INFORMIERT

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK IM ÖGB

Die linke Alternative bei der Arbeiterkammerwahl:

AK-Wahl 2009: GLB - Liste 5!

Als Liste 5 tritt der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) bei der in Oberösterreich vom 16. bis 28. März 2009 stattfindenden Arbeiterkammerwahl mit 42 KandidatInnen an.

Der GLB sieht seine Kandidatur unter dem Motto „Es ist genug für alle da“ als Beitrag zum Widerstand gegen die Kapitaloffensive auf Kosten sozialer Errungenschaften, gegen die neoliberale Regierungspolitik.

Der GLB wendet sich gegen die sozialpartnerschaftliche Unterordnung von AK und ÖGB unter die EU-konforme Standortpolitik und Budgetsanie rung. Die wesentlichen Forderungen dazu hat der GLB in einer bundesweiten Wahlplattform formuliert.

Wahlziel des GLB ist eine Vertretung in der AK-Vollversammlung, um dort als linke Kraft und kritische Opposition zu wirken. Der GLB bekennt sich zur AK als gesetzliche Interessenvertretung der Lohnabhängigen und tritt dafür ein, dass das politische Gewicht der AK ebenso effizient wird wie ihre allgemein anerkannten Servicefunktionen:

„Die AK muss ihr politisches Gewicht ohne faule Kompromisse im Interesse der Lohnabhängigen einsetzen.

zen. Daher lehnt der GLB die sozialpartnerschaftliche Ein- und Unterordnung der AK unter die Interessen von Kapital und Regierung ab und weist auch die Angriffe von BZÖ, ÖVP usw. die AK-Umlage als Existenzgrundlage der AK abzuschaffen energisch zurück“, meint die Spitzenkandidatin Karin Antlanger.

Was will der GLB?

- Gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde
- 30-Stundenwoche bei vollem Lohn sofort
- Sofortmaßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel
- Beschäftigungsimpulse durch höhere Kaufkraft und öffentliche Aufträge
- Entlastung der LohnsteuerzahlerInnen, höhere Steuern auf Kapital und Vermögen
- Volle Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten
- Gleiche soziale und politische Rechte für MigrantInnen
- Erfüllung der Forderungen des Frauenvolksbegehrens
- Aktive Interessenvertretung statt sozialpartnerschaftliche Unterordnung
- Erhaltung und Ausbau des öffentlichen Eigentums
- Aktive Neutralitätspolitik statt Euro-Armee
- Nein zum EU-Vertrag, für ein soziales Europa

Meine Meinung



Karin
Antlanger
Betriebsrats-
vorsitzende
EXIT-sozial
Linz

Was ist eine „verlorene Stimme“?

Wenn sie mit inhaltlichen Argumente nicht punkten können, dann bedienen sich manche FunktionärInnen der sozialdemokratische Mehrheitsfraktion gerne eines altbewährten Totschlag-Arguments indem sie verkünden: eine Stimme für den GLB sei eine verlorene Stimme, weil der GLB a) zu klein sei, um etwas bewegen zu können und/oder b) eh kein Mandat erreichen könne.

Beides voll daneben, denn a) ist die große Mehrheitsfraktion extrem unbeweglich und braucht immer wieder einen Anstoß von außen und vor allem Druck von links und b) kann der GLB locker in der AK-Vollversammlung vertreten sein, wenn nur ein Bruchteil der sich links wählenden WählerInnen auch tatsächlich links wählen. Die Zeiten sind danach.

Eine verlorene Stimme ist erfahrungsgemäß eine Stimme für die große, satte und unbewegliche Mehrheit bzw. für Gruppen, die sowieso abgesichert in der AK vertreten sind.

Ebenso ist eine nicht abgegebene Stimme eine verlorene Stimme. Stimmen für linke GewerkschafterInnen als „verlorene Stimmen“ zu denunzieren, beweist nur, wie sehr sich die Sozialdemokratie vor linken, regierungskritischen Inhalten fürchtet.

Daher gilt für diese AK-Wahl: Die Angst der Sozialdemokratie vor linker Opposition ist berechtigt.

Du darfst!



Meine Meinung



Heike Fischer
Betriebsrats-
vorsitzende
Zentrum
Spattstraße
Linz

Beitragsgrund- lage verbreitern

Kurzarbeit, steigende Arbeitslosenzahlen, wachsende Teilzeitbeschäftigung, Scheinselbständigkeit, immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse – kein Wunder, dass die Beitragsgrundlage für die Sozialversicherung wegbricht.

Als Folge davon ertönt die Forderung nach Sparmaßnahmen bei Krankenkassen und Pensionen und der Ruf nach immer mehr Eigenvorsorge. Wie diese aussieht, zeigt sich recht anschaulich bei den Pensionskassen.

Mit dem Argument, dass die Pensionen nicht mehr finanzierbar sind wurden die Firmenpensionen auf den Kapitalmarkt verlagert, ebenso die „Abfertigung neu“ und die private Vorsorge als „dritte Säule“. Mit der Krise ist freilich die Pensionsfinanzierung über den Kapitalmarkt gescheitert. Die Pensionskassen schreiben ein Minus nach dem anderen, zigtausende Versicherte erleiden Verluste. Ein Umdenken steht auf der Tagesordnung.

Als jedoch Gesundheitsminister Stöger vorsichtig über eine Wertschöpfungsabgabe nachdachte, wurde er von Sozialminister Hundstorfer sofort mit Verweis auf das Koalitionsabkommen zurückgepfiffen. Dabei hat schon der 1989 tödlich verunglückte damalige Sozialminister und GPA-Chef Dallinger diese von der „Krone“ als „Maschinensteuer“ verteilte Überlegung forciert.

■ *Der GLB meint, dass eine breitere Beitragsgrundlage für die soziale Sicherheit durch einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde, Zurückdrängung von prekären Arbeitsverhältnissen und Scheinselbständigkeit und eine aktive Lohnpolitik die sowohl Inflation als auch Produktivitätswachstum abgibt, notwendig ist.*

Auch für Spitzenmanager hat der Tag nur 24 Stunden

Solche Spitzengagen sind eine sozialpolitische Provokation

Der GLB tritt für eine strikte Begrenzung der Managerbezüge ein. Es kann einfach nicht akzeptiert werden, dass Manager Milliardenpleiten bauen und dann auch noch mit Millionengagen abgefertigt werden.

Nach Meinung des GLB müsste der Bezug des Bundespräsidenten – aktuell rund 320.000 Euro brutto im Jahr – auch das Limit für ManagerInnen sein, egal ob das jeweilige Unternehmen Staatshilfe in Anspruch nimmt oder nicht. Das wäre ein Ansatz für eine längst fällige allgemeine Umverteilung und würde zudem die gerade mit der enormen Privilegierung verbundenen exzessiven Auswüchse, die zum Desaster am Kapitalmarkt geführt haben, einbremsen.

Für mit Kurzarbeit, Lohnverzicht oder Kündigung als Krisenopfer abgestrafte ArbeiterInnen und Angestellte ist es ein Hohn, wenn das Berufsbild „Unfähiger Manager“ zunehmend als gesellschaftliche Norm gilt und laut Arbeiterkammer die Vorstände der ATX-Unternehmen das 48-fache ihrer Belegschaft verdienen.

Ein Negativbeispiel ist die AUA, wo der geschasste Vorstandschef Walter Ötsch das Unternehmen in den Graben

gefahren hat, aber auf Erfüllung seines Vertrages mit entsprechenden Abfertigungen beharrt. Die Manager der Constantia-Privatbank Norbert Gertner, Karl Arco und Karl Petrikovics sollen jetzt mit 30 Millionen Euro abgefertigt werden. Gagen wie von Erste-Boss Andreas Treichl (4,4 Millionen Euro), Voest-Chef Wolfgang Eder (1,4 Millionen Euro) oder ÖIAG-Chef Peter Michaelis (674.000 Euro) sind in Zeiten wie diesen eine sozialpolitische Provokation ersten Ranges.

Daher fordert der GLB die Abschaffung der steuerlich begünstigten Stock-Options (Bezug von Firmenaktien zu Sonderkonditionen) und der gewinnabhängigen Prämien für Manager.

Soweit Unternehmen nicht von sich aus eine Begrenzung der Bezüge des Managements durchführen muss der Staat alle über dem Limit liegenden Einkommensbestandteile in voller Höhe wegsteuern.

Wussten Sie...

...dass der Bezirk Steyr mit einer enormen Konzentration der Fahrzeugindustrie bundesweit Spitzenreiter bei Männerverdiensten mit durchschnittlich 3.225 Euro brutto, der Bezirk Freistadt hingegen österreichweit Schlusslicht bei den Fraueneinkommen von 1.245 Euro ist?

...dass bevorzugter Kooperationspartner von FSG und SPÖ unter türkischen MigrantInnen der weit rechts stehende Arbeiterverein ATIB ist, welcher den „Grauen Wölfen“ nahesteht?

...dass die AUGÉ 2006 offenbar aus Rücksichtnahme auf die Grünen in der Landesregierung bis zum Schluss zögerte sich an der "Plattform BürgerInnen gegen den Ausverkauf" gegen Privatisierung der Energie AG zu beteiligen?

... dass die FSG die volle politische Verantwortung für vom Sozialpartner-Duo Hundstorfer und Leitl entwickelte Vorlagen für Arbeitszeitverlängerung, die gescheiterte Gesundheitsreform usw. trägt?

...dass der FPÖ-Kandidat und voestalpine-Ersatzbetriebsrat Harald Haas an Veranstaltungen des neonazistischen Bundes Freier Jugend teilnahm und beim BFJ-Prozess in Wels erklärte „Ich sehe keinen Unterschied zwischen BFJ und FPÖ“?

...dass BBRZ-Personalchef Gruber eine „Leihgabe“ der Arbeiterkammer und gleichzeitig Verhandlungsführer der Dienstgeber beim BAGS-Kollektivvertrag und damit unklar ist, ob die AK auf Seite der Dienstgeber oder der DienstnehmerInnen steht?

Meine Meinung



Max Müller
Personalvertreter
Stadtgärten
Magistrat Linz

Schiefe Bahn Prekarisierung

Eigentlich sollte die öffentliche Hand – also Bund, Länder und Gemeinden – die Standards für sichere Arbeitsplätze sowie bei Entlohnung und Sozialleistungen vorgeben. Schon die Zerschlagung der Verstaatlichten ab Ende der 80er Jahre hat gezeigt, dass damit auch eine Vorbildfunktion verloren gegangen ist.

Wie der Konflikt beim städtischen Linzer AEC gezeigt hat, ist die negative Entwicklung mittlerweile weit fortgeschritten. Beim AEC mussten jetzt zahlreiche Beschäftigte nach Einschaltung von Arbeiterkammer und Arbeitsgericht regulär angestellt werden, weil sie zwar als „Freie DienstnehmerInnen“ angestellt waren, ihre Tätigkeit aber einem klassischen Arbeitsverhältnis entspricht.

Auch die Stadt Linz ist also schon seit langem auf dem Weg der Prekarisierung unterwegs. Begonnen hat es schon damit, dass das Reinigungspersonal eingespart und die Aufträge an Fremdfirmen vergeben wurde. Die Ausgliederungen zahlreicher Bereiche aus dem eigentlichen Magistratsdienst in ausgelagerte Gesellschaften hat diese Entwicklung verstärkt.

Und überhaupt ist es heute etwa im Kulturbereich üblich, dass insbesondere AkademikerInnen nach Abschluss ihres Studiums keinen regulären Job mehr bekommen, sondern sich von einem „Projekt“ zum nächsten dahinwurschteln müssen – ohne Chance, auf absehbare Zeit einen einigermaßen sozial abgesicherten Arbeitsplatz zu bekommen.

■ Der GLB lehnt diese Entwicklung entschieden ab, vor allem dass die öffentliche Hand dabei vielfach ein Vorreiter ist. Der immer stärkeren Prekarisierung muss Einhalt geboten werden. Wir brauchen Arbeitsplätze von denen man leben kann und nicht in ständiger Sorge sein muss, wie es morgen aussieht.

AK-Oberösterreich: Multifunktionen und Bezugswildwuchs beseitigen

Offenlegung aller Bezüge der AK-Spitze ist notwendig

Für die Offenlegung aller Bezüge der oberösterreichischen Arbeiterkammer-Spitze und die Beseitigung von Wildwuchs im Zusammenhang mit Multifunktionen tritt die Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) im Wahlkampf für die Arbeiterkammerwahl ein.

Die eigentliche politisch maßgebliche Instanz der Arbeiterkammer ist bekanntlich nicht die Vollversammlung, sondern der Vorstand und das Präsidium. Laut Regulativ arbeiten die KammerrätInnen ehrenamtlich, sehr gut dotiert sind hingegen Präsidium und Vorstand:

- Der AK-Präsident erhält 10.608 Euro brutto (14-mal),
- die VizepräsidentInnen 2.652 Euro,
- die Vorstandsmitglieder 1.061 Euro (jeweils 12-mal).
- Bestverdiener ist der AK-Direktor mit 12.087 Euro,
- seine Stellvertreter erhalten 9.670 Euro (jeweils 14-mal).

Während die AK-Bezüge im Gefolge der durch die Privilegien des steirischen AK-Präsidenten Rechberger in den 90er Jahren ausgelösten AK-Krise klar geregelt wurden, gibt es bei den Zusatzverdiensten so manchen Wildwuchs, wie einige Beispiele zeigen: So ist AK-Vizepräsident Hans-Karl Schaller (FSG) freigestellter Konzernbetriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied der voestalpine, Linzer Gemeinderat, Landesvorsitzender der Metall-Gewerkschaft und soll im

Herbst auch noch Landtagsabgeordneter werden.

Vizepräsident Helmut Feilmair (FCG) ist nicht nur freigestellter BRV der Raiffeisen-Landesbank, sondern auch Vizebürgermeister von Leonfelden. AK-Vorstandsmitglied Erich Gumpelmaier ist neben seiner Funktion als ÖGB-Landessekretär zusätzlich als Bundesrat tätig. AK-Direktor Josef Peischer kassiert als Aufsichtsrat der voestalpine aus dem mit 500.000 Euro dotierten Gagentopf, sein Stellvertreter Manfred Polzer ist Aufsichtsrat in der Energie AG.

Mit seiner Äußerung „...jeden Tag 17, 18 Stunden unterwegs, kein Betriebsrat kriegt Überstunden“ machte AK-Vizepräsident Schaller anlässlich der Debatte um die Anschaffung eines neuen Dienstwagens für den voestalpine-Angestellten-BRV Handlungsbedarf zum Abbau von Multifunktionen und damit verbundene Privilegien in der Arbeiterkammer deutlich.

- Nach Auffassung des GLB sollten AK-FunktionärInnen neben ihrer Betriebsrats- oder Gewerkschaftsfunktion grundsätzlich keine zusätzlichen bezahlten Funktionen ausüben.

Antwortkarte

Ja, ich bin interessiert am GLB, schickt mir Infomaterial:

- Plakat AK-Wahl 2009 A3
- Pickerl AK-Wahl 2009 A6
- GLB-Jahreskalender 2009
- Wahlplattform des GLB
- GLB-Einkaufstasche
- Probeexemplar „Die Arbeit“

Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.

Name:.....

Straße:.....

PLZ, Ort:

Porto zahlt der Empfänger!

Gewerkschaftlicher
Linksblock OÖ
Melicharstraße 8
4020 Linz

Meine Meinung



Günter
Ennsfellner
Betriebsrat
ÖBB
TS-Werk Linz

Recht behalten

Als Stiefkind behandelt die Regierung den öffentlichen Sektor, der eigentlich das Rückgrat einer funktionierenden Infrastruktur ist. 300 Postfilialen stehen jetzt auf der Abschussliste, bis 2015 sollen gar tausend geschlossen und 9.000 Beschäftigte abgebaut werden. Das zeigt wohin hemmungslose Liberalisierung und letztlich Privatisierung führt. Für Regierung und Vorstand zählt nur mehr die Dividende für die AktionärInnen, nicht mehr die Beschäftigten.

Auch bei der Bahn läuft es in die falsche Richtung: Eine Rationalisierung hat den Druck auf das Personal massiv erhöht. Mit der Zergliederung der ÖBB wird die Privatisierung der lukrativen Bereiche vorbereitet. Kanzler Faymann gab schon grünes Licht für die Teilprivatisierung des Güterverkehrs. Ab 2009 streicht die Regierung 100 Millionen Euro Zuschuss für die ÖBB, 370 Nahverkehrszügen droht die Einstellung.

Die Privatisierer sitzen also auch in der SPÖ. Und die FSG in AK, Gewerkschaft und Personalvertretung hat aus Parteiläson allen Verschlechterungen zugestimmt. Der GLB wurde als Miesmacher verunglimpft. Heute zeigt sich aber, dass unsere Warnungen voll und ganz berechtigt waren.



Arbeiterkammerwahl Oberösterreich 16.-28.3.2009:

Sie kandidieren für den GLB

42 Berufstätige aus verschiedensten Branchen und aus allen Regionen kandidieren für den GLB bei der Arbeiterkammerwahl 2009:

- 1, Antlanger Karin Mag., 1958, Linz, Juristin, Exit-Sozial, BRV
- 2, Ennsfellner Günter, 1957, Traun, Schlosser, ÖBB, BR
- 3, Fischer Heike, 1963, Linz, Diplompädagogin, Zentrum Spattstraße, BRV
- 4, Weiss Jörg, 1965, Linz, Sozialarbeiter, Neustart, BR
- 5, Roth Elisa Mag., 1974, Linz, Sozialarbeiterin, SOS Menschenrechte, BR
- 6, Müller Max, 1969, Linz, Magistratsbeamter, Magistrat Linz, BR
- 7, Grün Gerlinde Mag., 1968, Linz, Trainerin, FAB
- 8, Ghaderi Parosh, 1964, Linz, Altenfachbetreuer, BAH Haid
- 9, Mikesch Agnes, 1953, Wels, Altenfachbetreuerin, Volkshilfe
- 10, Stahl Alexander, 1982, Schärding, Med.Sektionsassistent, Gespag
- 11, Holzknecht-Holz hacker Doris, 1959, Linz, Sozialarbeiterin, Exit-Sozial, BR
- 12, Hofmann Werner, 1955, Linz, Laborant, voestalpine
- 13, Cekmen Emel, 1967, Ansfelden, Verkäuferin, McDonalds
- 14, Haslinger Manfred, 1967, Steyr, Tischler, Gast, BR
- 15, Rögner Doris, 1971, Niederneukirchen, Frühförderin, Zentrum Spattstraße, BR
- 16, Mikesch Leo, 1950, Wels, Altenfachbetreuer, B37, BRVStv
- 17, Mayrhofer Eva Mag., 1958, Linz, Angestellte, Verein Begegnung
- 18, Tohumcu Can, 1990, Linz, Lehrling, BFI
- 19, Hofmann Renate, 1959, Linz, Ärztin, Gespag
- 20, Riegler Gerhard, 1961, Weibern, Oberösterreich, Behindertenpädagogin, Pro Mente, BR
- 21, Hubeny Ilse, 1954, Obertraun, Bürobienstete, Tourismusverband
- 22, Hochstöger Manuel, 1981, Seitenstetten, Maschinenschlosser, Connect
- 23, Tohumcu Gülsehir, 1965, Linz, Arbeiterin, Service Team
- 24, Wölflingseder Johannes, 1980, Ried im Innkreis, Krankenpfleger, Klinikum Wels-Grieskirchen
- 25, Holler Melitta, 1950, Linz, Diplomsozialarbeiterin, Exit-Sozial
- 26, Luritzhofer Gerold, 1975, Gurten, Pflegehelfer, Lebenshilfe
- 27, Staub Bärbel, 1965, Linz, Angestellte, arbeitslos
- 28, Gruber Peter, 1969, Kefermarkt, Schlosser, ÖBB, BR
- 29, Erlach Thomas, 1964, Obermühl, Behindertenbetreuer, Exit-Sozial, BRVStv
- 30, Forstenlechner Rudolf, 1958, St. Valentin, Niederösterreich, Maurer, VABB Spectrum
- 31, Kreisbichler Helmut, 1960, Pichl bei Wels, ÖBB-Angestellter, ÖBB
- 32, Kogu Mehmet, 1967, Traun, Platzwart, Transdanubia
- 33, Rogner Leopold, 1966, Bad Kreuzen, Angestellter, Pfanner
- 34, Lehner Gerhard, 1956, Linz, ÖBB-Fahrdienstleiter, ÖBB
- 35, Kutschera Martin, 1969, Linz, Kfm. Angestellter, Machowetz
- 36, Loobani Mahmoud, 1954, Traun, Arbeiter, arbeitslos
- 37, Holzknecht Christian, 1958, Linz, Sozialarbeiter, Exit-Sozial
- 38, Pichler Rudolf, 1957, Linz, Schlosser, ÖBB
- 39, Zauner Ernst, 1956, Friedburg, Rauchfangkehrer, Zauner
- 40, Jungwirth Andreas, 1971, Linz, Orthopädietechniker, B37
- 41, Berger Wilfrid, 1961, Aigen im Mühlkreis, Gleisfahrbauer, ÖBB
- 42, Furtlehner Leo, 1951, Linz, Journalist, LIBIB

Die Arbeit

Nummer 1b, März 2009
Österreichische Post AG/Sponsoring-Post, GZ 02Z031433 M, Aufgabepostamt 4020 Linz, Benachrichtigungspostamt 1110 Wien

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB), Hugogasse 8, 1110 Wien; Mail office@glb.at, Web www.glb.at

GLB aktiv gegen die Zerschlagung der Post!